

**Bildet Berlin!** rief zur Podiumsdiskussion Baustelle Schule 2017:

## UND WAS GIBT ES NEUES?



Am 23.02.2017 besuchten Candan I. (Q4), Adil K. (Q4), Sezer T. (Q2) und Leo N. (Q2) mit den Lehrkräften Herrn Genthner und Herrn Schäfer eine von **Bildet Berlin! e.V.** (Verein für Schulqualität) in der Aula des Dathe-Gymnasiums organisierte Podiumsdiskussion. Mit mehr als 125 Gästen, die aufmerksam zuhörten und regen

Anteil nahmen, war die Veranstaltung gut besucht. Unter den Zuhörern befand sich auch unser Kollege Thomas Schmidt.

Moderiert von Tamara Adamzik, Leiterin der Annedore-Leber-Grundschule in Tempelhof, und Robert Rauh, Lehrer des Jahres 2013, diskutierte **Bildet Berlin! e.V.** mehr als zwei Stunden lang mit den bildungspolitischen Vertretern des neu gewählten Abgeordnetenhauses. Die Regierungskoalition wurde durch Maja Lasic (SPD), Regina Kittler (Die Linke) und Marianne Burkert-Eulitz (Grüne) repräsentiert, die Opposition von Hildegard Bentele (CDU). Den Landeselternausschuss vertrat Norman Heise, den Landesschülerausschuss Franz Kloth. Florian Bublys sprach für **Bildet Berlin! Initiative für Schulqualität e.V.** Vier Schwerpunktthemen wurden diskutiert: Schulqualität (Unterrichtsausfall, Schuldistanz, Schulabbrecher), Schulpersonal (Lehrermangel, Quereinsteiger, Situation angestellter Lehrkräfte), Schule 2030 (Inklusion, Willkommensklassen, Schulgebäude, digitale Bildung). Ein besonderer Punkt war die Forderung nach der Einführung des Unterrichtsfaches Politik in den Klassen 7-10, die von Franz Kloth im Namen des Landesschülerausschusses vorgetragen wurde. Zudem konnte jeder Gast vor Beginn der Diskussion Fragen formulieren, die von den Moderatoren an das Podium weitergegeben wurden. Zwar konnten nicht alle Publikumsfragen behandelt werden, doch wurde die Diskussion auf diese Weise eng auf die Fragen, Anmerkungen und Wünschen des Publikums ausgerichtet.

Robert Rauh eröffnete die Diskussion. Er schilderte beispielhaft die Situation einer anwesenden Lehrkraft: Tutor eines Englisch-Leistungskurses, Leiter einer 7. Klasse, die Klassenräume sanierungsbedürftig, eine wachsende Aufgabenvielfalt,

allgegenwärtiger Personalmangel. Dennoch findet er keinen Arbeitsplatz im Lehrerzimmer, 120 Lehrkräfte teilen sich vier PCs. Kann man unter solchen Arbeitsbedingungen engagierte Kolleg\*innen in der Stadt halten bzw. hierher holen? Zumal Berlin seine Angestellten schlechter bezahlt als die anderen Bundesländer die meist verbeamteten Lehrkräfte. In der Folge fiel auf, dass sich nicht nur Eltern, Schülerinnen und Schüler, sondern mittlerweile auch die Parteienvertreterinnen die schlechten Arbeitsbedingungen und die daraus resultierenden Belastung von Lehrkräften aller Schulformen wenigstens ansatzweise zur Kenntnis genommen haben. Welche Lösungen bieten sie an?

Zuerst antwortete Frau Bentele (CDU), indem sie eine Verbeamtung für Berliner Lehrkräfte als Möglichkeit ins Spiel brachte. Zudem müsse der Platzmangel für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler behoben und die IT-Ausstattung verbessert werden. Frau Kittler (LINKE) lehnte die Verbeamtung ab und befürwortete eine Stundenreduktion für Lehrkräfte, um den Beruf wieder attraktiv zu machen. Wie die Attraktivität des Lehrerberufs tatsächlich und zeitnah gefördert werden soll, ließ sie offen – die Regierungskoalition bitte um Verständnis, dass die in den letzten 15 Jahren getroffenen bildungspolitischen Entscheidungen nicht auf die Schnelle revidiert und der Investitionsmangel nicht kurzfristig behoben werden könnten. Maja Lasic (SPD) bekräftigte, man schaue lieber nach vorn.

Den akuten Personalmangel sucht der Senat mit einer vermehrten Anstellung von Quereinsteigern zu lösen. Herr Bublys von *Bildet Berlin! e.V.* betonte, dass weder die Politik der letzten zehn Jahre noch die gegenwärtige Regierung Konzepte entwickelt haben, wie der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal zu überwinden sei. Eher versuche man, den Unterrichtsbedarf an den Schulen zu verdecken, teils gar mit zweifelhaften statistischen Mitteln. Zudem werden die Quereinsteiger sofort in einem Ausmaß zur Abdeckung des Unterrichtsbedarfs herangezogen, das ihre nachträgliche Qualifizierung erschwert oder gar unmöglich macht. Positiv sei immerhin, dass die Parlamentarier\*innen mittlerweile die fehlerhafte Berechnung des Unterrichtsausfalls eingestehen. Die Erfassung müsse ehrlich stattfinden.

Weniger Aufgeschlossenheit zeigten die Politiker\*innen bei der Diskussion über den gerade geschlossenen Tarifvertrag, der viele streikende Berliner Lehrkräfte unzufrieden zurückließ, da die Lücke in der Bezahlung zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften weiterhin klafft. „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ – selbst die SPD-Vertreterin schwieg zu dieser (in anderen Zusammenhängen von der SPD selbst erhobenen) Forderung, kommt sie von Berliner Lehrkräften. Florian Bublys bewertete den Tarifabschluss daher als beschämend für die Berliner Landespolitik. Unter der spürbaren Zustimmung der anwesenden Lehrkräfte kritisierte er auch die Bundesorganisation der GEW, die einen Tarifvertrag für angestellte Lehrkräfte

unterschrieben hat, der für Beamte konzipiert wurde. So gilt auch für angestellte Lehrkräfte das Beamtenrecht, soweit es Pflichten betrifft. Seine Vorteile werden den Angestellten aber nicht zuteil. Es ist kein Trost, wenn Frau Kittler offen zugibt, dass es in den Kollegien keine Gerechtigkeit gibt. Sie verspricht, sich für eine Reform des Beamtenrechts einzusetzen. Ähnliches wurde *Bildet Berlin!* in verschiedenen Gesprächen schon vor Jahren in Aussicht gestellt. Ob nun Regina Kittler etwas bewegt, wo andere nichts bewegt haben? Man darf gespannt sein.

Zuletzt forderte Franz Kloth im Namen der Berliner Schülerschaft beredt die Einführung eines eigenständigen Faches Politik. Im Moment wird Politik in den Klassen 7-10 nur im Verbund mit Geschichte unterrichtet, wobei es aus Zeitgründen oft vernachlässigt wird. Wählen nicht Schüler\*innen Politik im Wahlpflichtkurs oder der Oberstufe Politikwissenschaft ganz bewusst, erlangen sie das Berliner Abitur, ohne je an einer Unterrichtsstunde Politik teilgenommen zu haben. Daher forderten Herr Heise und Herr Kloth die Schaffung eines eigenständigen Faches Politik grundsätzlich, ohne sich auf aktuelle politische Entwicklungen zu berufen. Nicht nur Strukturwissen und praktische Kenntnisse wie die um die Bundestags- oder Senatswahlen, auch die Erfahrung politischer Partizipation, das Erlebnis demokratischen Miteinanders und die Entwicklung politischer Mündigkeit im Rahmen des Politikunterrichts sind wichtig für den Werdegang einer Schülerin oder eines Schülers, die alle bewusste Staatsbürger und Demokraten werden sollen. Von Seiten der Politik steht die Sinnhaftigkeit dieser Forderung außer Frage. Noch vor den Sommerferien soll dieses Anliegen im Senat debattiert werden.

Am Ende der Diskussion waren die Probleme die gleichen wie zum Beginn. Die Vertreterinnen der Politik müssen sich fragen, ob man in den Berliner Verhältnissen den jungen Menschen noch gerecht werden kann, wie man den Berufsalltag (auch für junge) Lehrkräfte so gestaltet, dass sie ihn bis zum Alter von 67 Jahren gesund bewältigen können. Mittlerweile sind die Klassenfrequenzen so hoch, mittlerweile werden so viele Aufgaben auf den Lehrkräften abgeladen, dass eine Entlastungsstunde für IT-Aufgaben pro Schule nicht ausreicht. Weitere Entlastungsmaßnahmen wurden nur vage umschrieben. So bleiben die Herausforderungen in der Praxis bestehen: Wie soll die Gerechtigkeitslücke in den Lehrerzimmern beseitigt werden? Wie kann die Attraktivität des Berufsfelds Schule gesteigert werden? Wie können neue Lehrkräfte für Berlin gewonnen werden? Wie wird Berlin bundesweit bildungspolitisch wettbewerbsfähig? Kann man unter diesen Bedingungen die Entwicklung unserer jungen Menschen überhaupt noch gut gestalten? Diese Probleme müssen gelöst werden, will Berlin eine gute Schule für alle Kinder und Jugendlichen dieser Stadt.

## **Kommentar von Candan (12. Klasse), Schülerin am Robert Blum Gymnasium**

Es war eine interessante Veranstaltung mit einem Thema, das ich persönlich für die Zukunft als sehr wichtig empfinde, sowohl für Arbeitnehmer (Lehrer/innen) als auch zukünftige Schülergenerationen. Besonders haben mir nach der herzlichen Begrüßung die Tafeln gefallen, an die „WIR“ die Fragen heften durften, die uns persönlich beschäftigen, sowie die Möglichkeit vor der Podiumsdiskussion auch die vielen interessanten Fragen der anderen Gäste zu lesen und dabei über Aspekte nachzudenken, über die man selbst noch nie nachgedacht hat.

Die Auswahl, der auf dem Podium anwesenden Gäste, empfand ich persönlich als sehr gelungen. Beispielsweise konnten die Gäste Norman Heise, Florian Bublly, und Franz Kloth sehr souverän mit Fakten, Zahlen und Tatsachen während der Diskussion argumentieren. Sie gaben mir als Zuhörer das Gefühl mit der Situation vertraut zu sein, indem sie Fragen mit Interesse, Verständnis, Einsicht und Entschlossenheit beantworteten.

Leider war ich von den bildungspolitischen Sprecherinnen der anwesenden Parteien sehr enttäuscht. Ich hatte das Gefühl, dass die bildungspolitischen Sprecherinnen das Problem und den Grund für die Veranstaltung nicht verstanden hatten. Zudem schien es als hätten sie sich bei der Beantwortung der Fragen auch nicht wirklich mit dem Inhalt und den Aussagen auseinandergesetzt, sie wichen den Fragen bewusst aus oder lenkten von ihnen ab, wodurch viele Antworten meiner Meinung nach an den eigentlichen Fragen vorbeigingen. Des Weiteren wurden zu viele Ausreden benutzt, wo ich mir vielleicht gewünscht hätte, dass die Moderatoren etwas mehr eingreift.

Die Podiumsdiskussion empfand ich als sehr erfolgreich. Ich konnte mir ein Bild über die Positionen der anwesenden Politikerinnen und ihren Parteien bilden. Enttäuscht war ich über die Aussagen der Politikerinnen. Wenn Bildung ein so bedeutendes politisches Thema in jeder Partei ist, empfand ich die Aussagen der Politikerinnen als sehr ernüchternd. Es kam das Gefühl auf, dass sich die anwesenden Politikerinnen mehr mit bereits erreichten Zielen gerüstet haben und den Anschein erweckten, dass dies reichen würde. So als ob sie viel geleistet hätten und wir dafür dankbar sein müssten (was ich auch nicht abstreite), aber es ist nun mal der Job eines Politikers, sich um Probleme innerhalb eines Systems zu kümmern und es ist nicht zu bestreiten, dass wir leider innerhalb unseres Schulsystems noch viele Probleme haben.

Ich empfinde es als sehr traurig, dass solche wichtigen Probleme (wie bspw. die Ausstattung der Schulen mit Internet oder modernen technischen Geräten, kleinere

Klassen für eine bessere individuelle Förderung), die seit Jahren existieren immer noch keine konkreten oder ungefähren Lösungsansätze haben, jedoch Gesetze über Gurken und ihr vorgeschriebenes Aussehen im Falle des Verkaufs (Verordnung (EWG) Nr. 1677/88 (Gurkenverordnung)) verfasst werden.

Leider wurde sehr oft (ZU oft) nur von dem WUNSCH und dem WILLE etwas zu verändern gesprochen; aber WUNSCH und WILLE reichen nun mal nicht aus um etwas zu verändern, geschweige denn zu verbessern.